

Prostitution ist kein Job wie jeder andere

Podiumsdiskussion zu den Reformplänen der Bundesregierung



Auf dem Podium im DAJ diskutieren zum Prostitutionsgesetz: (v.l.) Marion Schneid, Dorothee Schlegel, Moderator Martin Albert, Franziska Brantner und Christiane Howe. Foto: hen

Von Tobias Borinsky

Sexarbeit ist seit dem Erlass des Prostitutionsgesetzes 2002 nicht mehr strafbar. Prostituierte haben Zugang zum Sozialversicherungssystem, können ihren Lohn vor Gericht einklagen und zahlen wie jeder andere Arbeitnehmer Steuern. Doch die Einstellung der Gesellschaft gegenüber dem „ältesten Gewerbe der Welt“ unterscheidet sich von der liberalen Gesetzgebung. Prostituierte werden moralisch verachtet und oftmals pauschal kriminalisiert. Kritiker der aktuellen Gesetzgebung sehen Deutschland zum „Bordell Europas“ werden. Der Prostitutionstourismus boomt. Um der erhöhten Nachfrage gerecht zu werden, zieht es immer mehr Frauen, vor allem aus Osteuropa, in die deutschen Rotlichtviertel – einige davon nicht aus freien Stücken. Die Bundesregierung will nun das Gesetz von 2002 überarbeiten.

Anlässlich der Reformpläne lud das Deutsch-Amerikanische Institut jetzt Vertreter aus Politik und Wissenschaft zu einer Podiumsdiskussion ein, um über die Zukunftsaussichten der Prostitution in Deutschland zu sprechen. Moderiert wurde die Runde von Martin Albert, Studiendekan für Soziale Arbeit an der SRH Hochschule. Genauso zögerlich, wie das Thema der Sexarbeit im gesellschaftlichen Diskurs aufgegriffen wird, verhielten sich dabei auch die Diskutanten auf dem Podium. Die Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner (Grüne) und Dorothee Schlegel (SPD) sowie die rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete

Marion Schneid (CDU) erläuterten jeweils ihre Vorstellungen, die zu einer Verbesserung des aktuellen „Prostitutionsmarktes“ und den Arbeitsbedingungen der Betroffenen führen können. Für Brantner etwa ist die Sexarbeit „kein Job wie jeder andere“. Sie betonte, dass man die Prostitution nicht nur in Schwarz und Weiß unterteilen könne, sondern dass sich ein großer Teil im Graubereich befinde. Dort müsse die Politik mit einer konkreteren Gesetzgebung ansetzen, um Ausbeutung zu verhindern. Dass die Prostitution ein riesiger Markt mit Milliarden Euro Umsatz ist, weiß Schlegel. Die SPD-Politikerin, die die Idee eines „Sexkaufverbots“ vertritt, thematisierte auch die Rolle der Lobby des „Sexmarktes“ und sprach von deren Auswirkung auf die Politik. Schneid kritisierte das Fehlen von Angeboten für Betroffene. „In Rheinland-Pfalz gibt es nur eine Beratungsstelle.“ Zudem ist sie dafür, Mindeststandards wie auch in anderen Branchen konsequenter durchzusetzen.

Christiane Howe steuerte den Einblick in das Innere des Rotlichtmilieus bei. Die Soziologin berichtete, dass Frauen aus allen Gesellschaftsschichten in der Prostitution tätig sind. Eine Verbesserung der Verhältnisse sei nur unter Beteiligung der Betroffenen möglich. Ideen wie die einer Anmeldepflicht sieht sie kritisch. Dafür sei die Stigmatisierung noch zu groß. Viele Frauen seien auf die Anonymität angewiesen. Sie gab zu bedenken: „Würden sie ihr Kind in die Kita schicken, wenn sie wüssten, dass die Erzieherin am Wochenende bei Sexpartys zu Gast ist?“